

Vorschläge des Landesverbandes der Alzheimergesellschaften NRW e.V. zur Unterstützung im Bereich der häuslichen Pflege, zum Schutz der pflegenden Angehörigen und der Pflegebedürftigen und zur Vermeidung ansteigender Gewalt in der Pflege in Zeiten der Corona-Pandemie

Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, haben wir nicht nur eine Corona Krise, sondern wir werden eine Pflegekrise bekommen

➤ **Finanzielle Absicherung nicht berufstätiger Pflegepersonen:**

Eine generelle finanzielle Absicherung über der Armutsgrenze nicht berufstätiger Pflegepersonen muss nun erfolgen. Das ist von unabdingbarer Bedeutung für die informell Pflegenden, die oft ihr berufliches Leben verlassen, um ihre Angehörigen im häuslichen Umfeld zu pflegen. Die Solidargemeinschaft ist in der Pflicht, hier die Altersarmut zu verhindern. Gerade in den Zeiten der aktuellen Krise.

➤ **Pneumokokken-Impfungen für pflegende Angehörige und Pflegebedürftige, da systemrelevant:**

Grundsätzlich sollte, neben den geforderten Schnelltests und ggf. Nachweis des Virus Covid-19, Impfungen, sowohl der Pflegenden als auch der Pflegebedürftigen, durchgeführt werden. Vor allem vor dem Hintergrund der Vorerkrankungen vieler Menschen. Speziell die Pneumokokken-Impfung, die gegen bakterielle Lungenentzündungen schützt, sollte, in Absprache mit dem Arzt, in Erwägung gezogen werden.

➤ **Betroffene Menschen mit Migrationshintergrund schützen:**

Die ausländischen pflegenden Angehörigen und deren an Demenz erkrankten Betroffenen dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Es muss sichergestellt werden, dass Beratung und Unterstützung auch dort ankommen. Ggf. auch über Muttersprachler, da die Sprachbarriere sehr oft ein großes Hindernis darstellt. Zudem werden die Normen und Werte anderer Kulturen aufgrund der aktuellen Krise nicht an Stellenwert verlieren, was Unterstützung sicher nicht einfacher macht. Darauf muss reagiert werden.

Krisensituation im Hinblick auf die Ausreise vieler Pflegekräfte aus dem Ausland

Ein sehr wichtiger Punkt in der häuslichen Pflege ist, dass viele Pflegekräfte, in der überwiegenden Zahl aus Polen, u.a. aufgrund der Corona-Krise in ihre Heimatländer zurückwollen. Es dürfen aktuell aber auch keine Pflegekräfte einreisen. Dies führt zu akuten Problemen, gerade in der häuslichen Pflege. Insbesondere, da viele Menschen mit Demenz nicht in Einrichtungen untergebracht werden können (u.a. da Heimplätze fehlen) und auf Pflege im häuslichen Umfeld angewiesen sind. Hier muss sofort gehandelt werden. Viele Deutsche wurden und werden aus dem Ausland nach Hause geholt, am Flughafen getestet und bei Unbedenklichkeit dürfen sie nach Hause. Mit dringend benötigten Pflegekräften aus dem Ausland sollte man das auch so handhaben. Wir steuern sonst direkt, parallel zur Corona-Krise, in eine Pflegekrise. Das können wir uns nicht leisten.

➤ **Einbeziehung multiprofessioneller Berufsbilder und unbürokratische Zuweisung von Therapieplätzen, ohne Wartezeit:**

Die physischen und die psychischen Belastungen, die die Menschen in der Corona-Krise im Griff haben, werden eine tiefe Spur hinterlassen. Am Beispiel Italien und China kann man sehen, wie die Anzahl derer in die Höhe steigt, die Therapieplätze benötigen. Therapieplätze sind absolute Mangelware. Monatelange Wartezeiten sind die Regel. Hier muss schnellstens Abhilfe erfolgen. Die häusliche Gewalt ist jetzt schon im Anstieg, da die Menschen häufig völlig mit der Situation überfordert sind. Das ist ein wichtiger Punkt, der immer noch nicht genügend berücksichtigt wird. Gewalt in allen Bereichen wird zunehmen, auch in der Pflege.

Angehende Psychologen/ Therapeuten sollten, genauso wie Studenten der Medizin, jetzt, in der Akutsituation und auch später, ihre anvisierte Tätigkeit vorab ausüben können. Auch seelsorgerische Hilfe ist dringend nötig. Berufsbilder wie das der Gerontologen, Sozialarbeiter und Theologen sind äußerst systemrelevant und mit in die nötige Versorgung der pflegenden Angehörigen und der Pflegebedürftigen einzubeziehen.

➤ **Das Krisentelefon:**

Unabdingbar sind Krisentelefone. Diese müssen mit Fachleuten unterschiedlicher Professionen besetzt werden. Neben seelsorgerischer, psychologischer und medizinischer Beratung, Vermittlung von Therapieplätzen und einfach ein offenes Ohr haben, sollten auch Muttersprachler unterschiedlicher kultureller Herkunft Gespräche mit Betroffenen führen.

Für viele Betroffene und ihre Angehörigen besteht im Hinblick auf lange Wartezeiten keine Möglichkeit einen ärztlichen Notruf anzurufen.

Die Nr. 116 117 ist kaum erreichbar.

Für Menschen mit Hilfebedarf und hier sind vor allem auch Angehörige von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz betroffen- muss es unbedingt eine Möglichkeit geben telefonische Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen zu können.

In einigen Bundesländern z.B. in Bayern und Hessen gibt es Krisentelefone.

Krisentelefone müssen bundesweit eingerichtet werden

➤ **Arbeitsplatzsicherung:**

In der Folge der Krise muss auf lange Sicht berufstätigen Pflegenden gewährleistet werden, dass ihr Arbeitsplatz sicher ist und sie ohne Ressentiments ihren Arbeitsplatz wieder einnehmen können. Vor allem vor dem Hintergrund, dass es nach der Krise deutlich mehr Menschen ohne Arbeit geben wird. Bedeutet in erster Linie, die Pflegetätigkeit darf nicht zu Entlassungen führen. Die Krise wird Unternehmen und der Wirtschaft sehr zusetzen. Deshalb ist zu befürchten, dass Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, zu denen gehören werden, die zuerst entlassen werden.